

STRAFRECHT

ALLGEMEINER TEIL

BAND I

GRUNDLAGEN • DER AUFBAU
DER VERBRECHENSLEHRE

VON

DR. DR. H.C. MULT. CLAUS ROXIN

EM. O. PROFESSOR
AN DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

4., vollständig neu bearbeitete Auflage



VERLAG C.H.BECK MÜNCHEN 2006

Inhaltsverzeichnis

[Rn.] [Seite]

Abkürzungsverzeichnis	XXVII
-----------------------------	-------

1. Abschnitt - Grundlagen

§ 1. Das Strafrecht im formellen Sinn. Definition und Abgrenzung 1

A. Die Sanktion (Strafe und Maßregel) als formales Definitionskriterium des Strafrechts und die Zweispurigkeit des Sanktionensystems.....	1	1
B. Das Strafrecht als öffentliches Recht. Disziplinarmaßnahmen, Geldbußen und Ordnungsmittel als nichtstrafrechtliche Sanktionen.....	5	3
C. Nebenstrafrecht.....	7	4
D. Das materielle Strafrecht als Teilgebiet der gesamten Strafrechtswissenschaft; deren verschiedene Disziplinen.....	8	4
I. Strafverfahrensrecht.....	9	4
II. Strafzumessungsrecht.....	10	5
III. Strafvollzugsrecht.....	11	5
IV. Jugendstrafrecht.....	12	5
V. Kriminologie.....	13	6
E. Der Allgemeine Teil des materiellen Strafrechts.....	15	7

§ 2. Der materielle Verbrechensbegriff. Die Strafe als subsidiärer Rechtsgüterschutz und ihre inhaltliche Abgrenzung von strafähnlichen Sanktionen..... 8

A. Der materielle Verbrechensbegriff.....	1	13
B. Der Streit um den Rechtsgutsbegriff.....	2	14
C. Die Ableitung des Rechtsgutsbegriffs aus den Aufgaben des Strafrechts.	7	16
I. Willkürliche, rein ideologisch motivierte oder gegen Grundrechte verstoßende Strafgesetze schützen keine Rechtsgüter.....	13	18
II. Die Umschreibung gesetzlicher Zielvorstellungen begründet noch kein tatbestandslegitimierendes Rechtsgut.....	14	18
III. Unmoral, Unsittlichkeit oder sonstige Verwerflichkeit eines Verhaltens begründen als solche noch keine Rechtsgutsverletzung.....	17	19
IV. Der Verstoß gegen die eigene Menschenwürde oder die „Würde der Menschheit“ ist noch kein hinreichender Grund für eine Bestrafung. . . .	20	20
V. Der Schutz von Gefühlen kann nur bei Bedrohungsgefühlen als Rechtsgut anerkannt werden.....	26	22
VI. Die bewusste Selbstschädigung, deren Ermöglichung und Unterstützung legitimiert keine Strafdrohung.....	32	23
VII. Überwiegend symbolische Strafrechtsnormen sind abzulehnen.	37	25
VIII. Tabus sind keine Rechtsgüter.....	43	27
IX. Schutzobjekte von ungreifbarer Abstraktheit sind keine Rechtsgüter. . . .	46	28
X. Zusammenfassung.....	50	29
D. Die Erweiterung des strafrechtlichen Regelungsbereichs über den Rechtsgüterschutz hinaus.....	51	29
E. Rechtsgüterschutz und Ordnungswidrigkeitenrecht.....	60	31
F. Die Wandelbarkeit des Rechtsgutsbegriffs.....	63	32
G. Rechtsgut und Handlungsobjekt.....	65	33

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
H. Rechtsgut, abstrakte Gefährungsdelikte und Kollektivrechtsgüter	.68	34
I. Rechtsgüterschutz und Verfassung	.86	40
J. Kann der Gesetzgeber verpflichtet sein, Rechtsgüterverletzungen zu bestrafen?	.95	43
K. Die Subsidiarität des Rechtsgüterschutzes	.97	45
L. Abweichende Auffassungen in der Literatur	.103	47
I. Jescheck/Weigend, Zipf	.104	47
II. Welzel	.105	48
III. Lenckner	.107	49
IV. Jakobs	.109	49
V. Amelung	.116	51
VI. Stratenwerth	.117	52
VII. Resümee	.120	53
M. Das Harm Principle	.123	54
N. Feindstrafrecht?	.126	55
O. Die inhaltliche Abgrenzung der Strafe von strafähnlichen Sanktionen	.130	57
I. Abgrenzung von der Geldbuße des Ordnungswidrigkeitenrechts	.130	57
II. Abgrenzung von den Disziplinarmaßnahmen	.134	59
III. Abgrenzung von den Ordnungs- und Zwangsmitteln der Prozessordnungen und ähnlicher Gesetze	.138	61
IV. Abgrenzung von den Privatstrafen	.140	62
§ 3. Zweck und Rechtfertigung von Strafe und Maßregeln	.64	
A. Zweck der Strafe; die Straftheorien	.1	69
I. Die Vergeltungstheorie (Gerechtigkeits-, Sühnetheorie)	.2	70
II. Die Theorie der Spezialprävention	.11	73
III. Die Theorie der Generalprävention	.21	78
IV. Die vergeltenden Vereinigungstheorien	.33	83
V. Die präventive Vereinigungstheorie	.37	85
1. Der ausschließlich präventive Zweck der Strafe	.37	85
2. Der Verzicht auf jede Vergeltung	.44	88
3. Das Schuldprinzip als Mittel der Eingriffsbegrenzung	.51	91
4. Zusammenfassung	.59	95
B. Zweck und Begrenzung der Maßregeln; das Verhältnis von Strafe und Maßregeln	.63	96
C. Die Wiedergutmachung als dritte Spur des Strafrechts?	.72	100
§ 4. Die deutsche Strafrechtsreform seit 1871	.105	
A. Das RStGB von 1871	.1	108
B. Die Entwicklung bis zum 1. Weltkrieg	.3	109
C. Die Reformarbeiten in der Weimarer Republik	.7	111
D. Die nationalsozialistische Zeit	.12	113
E. Die Wiederaufnahme der Reformarbeit	.15	114
F. Der E 1962 und der AE	.17	116
G. Zum neuen Allgemeinen Teil von 1975	.24	118
I. Die Abschaffung der Zuchthausstrafe	.25	119
II. Die Zurückdrängung der Freiheitsstrafe unter sechs Monaten	.27	119
III. Das Absehen von Strafe	.30	120
IV. Die Erweiterung der Strafaussetzung zur Bewährung	.31	120
V. Das neue Geldstrafensystem	.34	121

seine prinzipiell!

Jund Tatentn

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
VI. Die Führungsaufsicht.....	37	122
VII. Die sozialtherapeutische Anstalt.....	38	122
H. Die Reformgesetzgebung von 1969 bis heute.....	41	123
I. Zur Europäisierung des Strafrechts.....	45	127
J. Interkulturelles Strafrecht.....	51	131
K. Völkerstrafrecht.....	52	131
§ 5. Das Gesetzlichkeitsprinzip im Zusammenhang mit der Auslegung und der zeitlichen Geltung der Strafgesetze.....		135
A. Kein Verbrechen, keine Strafe ohne Gesetz.....	1	138
I. Kein Verbrechen ohne Gesetz.....	2	139
II. Keine Strafe ohne Gesetz.....	4	140
B. Die vier Auswirkungen des Gesetzlichkeitsprinzips.....	7	141
I. Das Analogieverbot (nullum crimen, nulla poena sine lege stricta).....	8	141
II. Das Verbot strafbegründenden und strafschärfenden Gewohnheitsrechts (nullum crimen, nulla poena sine lege scripta).....	9	142
III. Das Rückwirkungsverbot (nullum crimen, nulla poena sine lege praevia) .	10	142
IV. Das Verbot unbestimmter Strafgesetze und Strafen (nullum crimen, nulla poena sine lege certa).....	11	142
C. Zur Geschichte und internationalen Geltung des Gesetzlichkeitsprinzips	12	143
D. Die heute noch lebenskräftigen staatsrechtlichen und strafrechtlichen Wur- zeln des Gesetzlichkeitsprinzips.....	18	145
I. Der politische Liberalismus.....	19	146
II. Demokratie und Gewaltenteilung.....	20	146
III. Generalprävention.....	22	147
IV. Das Schuldprinzip.....	24	148
E. Auslegung und Analogieverbot.....	26	148
I. Die Grenzen der Auslegung im Strafrecht.....	26	148
1. Der mögliche umgangssprachliche Wortsinn als Auslegungsgrenze	26	148
2. Die Rechtsprechung.....	33	152
3. Abweichende Meinungen in der Literatur.....	36	154
II. Der Geltungsbereich des Analogieverbots.....	40	157
1. Seine Geltung im Besonderen Teil und bei den Strafdrohungen.	40	157
2. Seine Geltung im Allgemeinen Teil.....	41	157
3. Analogieverbot im Verfahrensrecht?.....	43	159
4. Die Analogie zugunsten des Täters.....	44	159
F. Das Verbot strafbegründenden und strafschärfenden Gewohnheitsrechts.	45	159
G. Das Rückwirkungsverbot und die zeitliche Geltung der Strafgesetze.	51	161
I. Die Begründung des Rückwirkungsverbots.....	51	161
II. Das zur Zeit der Tat geltende Gesetz.....	52	162
III. Das Rückwirkungsverbot bei den Voraussetzungen der Strafbarkeit und seiner prinzipiellen Nichtgeltung für Maßregeln.....	55	165
IV. Rückwirkungsverbot und Verfahrensrecht.....	57	166
V. Rückwirkungsverbot und Rechtsprechung.....	61	168
VI. Die Rückwirkung zugunsten des Täters.....	62	169
VII. Zeitgesetze.....	66	171
H. Das Verbot unbestimmter Strafgesetze und Strafen.....	67	172
I. Die Bestimmtheit der Strafbarkeitsvoraussetzungen.....	67	172
II. Der Bestimmtheitsgrundsatz im Bereiche der Deliktsfolgen.....	80	177
§ 6. Tat- und Täterstrafrecht.....		178
A. Begriffliche Klärung. Das Tatstrafrecht als die im geltenden Recht vorherr- schende Tendenz.....	1	178

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
B. Tat- und Täterstrafrecht bei Franz v. Liszt und seinen Nachfolgern	4	179
C. Täterstrafrechtliche Tendenzen der dreißiger Jahre. Lebensführungsschuld. Kriminologischer und normativer Tätertyp	6	181
I. Erik Wolf	7	181
II. Das Gewohnheitsverbrechergesetz von 1933	8	181
III. Kriegsgesetzgebung und normativer Tätertyp	10	183
D. Tat- und Täterstrafrecht im geltenden Recht	13	185
I. Strafverschärfende täterstrafrechtliche Einflüsse	14	185
1. Täterstrafrechtliche Tatbestände im Besonderen Teil?	15	185
2. Täterstrafrechtliche Einflüsse im Allgemeinen Teil?	18	187
3. Täterstrafrechtliche Einflüsse bei der Strafzumessung?	21	188
II. Strafmildernde täterstrafrechtliche Einflüsse	22	189
III. Die Maßregeln als Ausdruck täterstrafrechtlichen Denkens	23	189
§ 7. Strafrechtsdogmatik und Strafrechtssystem. Grundprobleme der allgemeinen Verbrechenslehre		190
A. Die Aufgaben der Dogmatik und Systematik des Strafrechts	1	194
B. Grundbegriffe des Strafrechtssystems	4	195
I. Handlung	5	196
II. Tatbestandsmäßigkeit	6	196
III. Rechtswidrigkeit	7	197
IV. Schuld	8	197
V. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	9	197
VI. Zur Systematisierung der gesamten Strafrechtswissenschaft	10	198
C. Zur geschichtlichen Entwicklung der neueren Verbrechenslehre	12	199
I. Die Entdeckung der tragenden Begriffe	12	199
II. Ihre Übernahme durch den Gesetzgeber	13	200
III. Historische Entwicklungsstufen der Verbrechenssystematik	14	200
1. Das klassische Verbrechenssystem	15	201
2. Das neoklassische System	16	201
3. Die finale Handlungslehre	18	202
IV. Geistesgeschichtlich-philosophische Grundlagen der Entwicklung vom klassischen zum finalistischen System	19	203
V. Die neoklassisch-finalistische Synthese der gegenwärtig herrschenden Verbrechenslehre	23	204
VI. Das zweckrationale (funktionale) Strafrechtssystem	26	205
D. Leistungen und Grenzen der überlieferten Strafrechtssystematik; System- und Problemdenken in der Dogmatik des Strafrechts	37	211
I. Vorzüge des Systemdenkens	38	211
1. Erleichterung der Fallprüfung	39	212
2. Die Ordnung des Systems als Voraussetzung gleichmäßiger und dif- ferenzierter Rechtsanwendung	40	212
3. Vereinfachung und bessere Handhabbarkeit des Rechts	41	213
4. Der Systemzusammenhang als Wegweiser zur Rechtsfortbildung	42	213
II. Gefahren des Systemdenkens	43	214
1. Vernachlässigung der Einzelfallgerechtigkeit	44	215
2. Reduzierung von Problemlösungsmöglichkeiten	47	216
3. Kriminalpolitisch nicht legitimierbare Systemableitungen	48	217
4. Die Verwendung zu abstrakter Begriffe	51	218
III. Problemdenken	54	219
E. Grundlagen eines teleologisch-kriminalpolitischen Systementwurfs	57	221
I. Zur Konzeption eines wertungsorientierten Systems	57	221
1. Die Handlung	60	222
2. Der Tatbestand	61	223

§ 8. Handlung

§ 10. Die Lehre vom 1

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
3. Das Unrecht.....	64	224
4. Die Verantwortlichkeit.....	71	226
5. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen.....	73	227
II. Strafrechtsdogmatik und Kriminalpolitik.....	75	227
III. Deliktskategorien als Beurteilungsaspekte.....	82	231
IV. Die teleologisch-kriminalpolitische Verbrechenslehre und die Methode der System- und Begriffsbildung.....	86	232

2. Abschnitt - Handlung, Vergehen, Verbrechen

§ 8. Handlung		236
A. Die Aufgaben des Handlungsbegriffs.....	1	238
B. Der Handlungsbegriff in der Entwicklung der Strafrechtsdogmatik. Darstel- lung und Kritik.....	7	239
I. Der vorklassische Handlungsbegriff.....	7	239
II. Der natürliche (naturalistische, kausale) Handlungsbegriff des klassischen Systems.....	10	241
III. Der finale Handlungsbegriff.....	17	243
IV. Der soziale Handlungsbegriff.....	27	248
V. Der negative Handlungsbegriff.....	33	250
VI. Das Aufgehen der Handlung im Tatbestand.....	42	255
C. Der personale Handlungsbegriff.....	44	256
I. Die Handlung als Persönlichkeitsäußerung.....	44	256
II. Nahe stehende Auffassungen.....	46	257
III. Der personale Handlungsbegriff als Grundelement.....	51	259
IV. Der personale Handlungsbegriff als Verbindungselement.....	54	260
V. Der personale Handlungsbegriff als Grenzelement.....	58	262
VI. Das Wesen des personalen Handlungsbegriffs.....	74	270
§ 9. Vergehen und Verbrechen	1	272
A. Zur Geschichte der Differenzierung.....	2	272
B. Regelung und praktische Bedeutung im geltenden Recht.....	5	273
C. Die Verwirklichung der „abstrakten“ Theorie im geltenden Recht und ihre Fundierung im nullum-crimen-Grundsatz.....	9	274
D. Abgrenzungsfragen.....	15	277

3. Abschnitt - Tatbestand

§ 10. Die Lehre vom Tatbestand		278
A. Systemtatbestand, Garantietatbestand, Irrtumtatbestand.....	1	280
B. Zur Entwicklung des Tatbestandes als systematischer Kategorie.....	7	282
I. Der objektive und wertfreie Tatbestand Belings.....	7	282
II. Die Entdeckung des subjektiven Tatbestandes.....	8	283
III. Die Erkenntnis des Systemtatbestandes als eines Unrechtstatbestandes	10	284
C. Das Verhältnis von Tatbestand und Rechtswidrigkeit.....	13	286
I. Die Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen.....	13	286
II. Zwei- oder dreistufiger Verbrechenaufbau?.....	16	287
III. Sonderauffassungen.....	27	292
IV. Rechtswidrigkeitshinweise in Strafvorschriften; negativ gefasste Tatbe- standsmerkmale.....	30	293



Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
D. Soziale Adäquanz und Tatbestandsausschluss.....	33	295
E. Offene Tatbestände und gesamtatbewertende Merkmale.....	43	300
I. Offene Tatbestände.....	43	300
II. Gesamtatbewertende Merkmale.....	45	301
F. Objektiver und subjektiver Tatbestand.....	53	304
I. Der objektive Tatbestand.....	54	306
1. Struktur und Inhalt des objektiven Tatbestandes.....	54	306
2. Deskriptive und normative Tatbestandsmerkmale.....	57	307
II. Der subjektive Tatbestand.....	61	309
1. Der Tatbestandsvorsatz.....	62	310
2. Die subjektiven Tatbestandsmerkmale und ihre Abgrenzung von den Schuldmerkmalen.....	70	313
3. Gesinnungsmerkmale.....	78	316
4. Zur Systematisierung der Tatbestände mit subjektiven Merkmalen	83	318
G. Handlungs- und Erfolgsunwert im Tatbestand.....	88	319
H. Arten der Tatbestände.....	102	328
I. Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte.....	102	330
II. Dauer- und Zustandsdelikte.....	105	330
III. Erfolgsqualifizierte Delikte.....	108	331
1. Regelung und rechtspolitische Würdigung.....	108	331
2. Der Zusammenhang zwischen Grunddelikt und Erfolg.....	111	332
3. Ähnliche Tatbestandsformen.....	119	337
4. Zur Geschichte.....	122	337
IV. Verletzungs- und Gefährdungsdelikte.....	123	337
V. Unternehmenstatbestände.....	125	338
VI. Einfache und zusammengesetzte Delikte.....	126	338
VII. Einaktige und mehraktige Delikte.....	127	339
VIII. Allgemeindelikte und Sonderdelikte.....	129	339
IX. Grunddelikt, tatbestandliche Abwandlungen, eigenständige Delikte.....	132	340
§ 11. Die Zurechnung zum objektiven Tatbestand.....	343	
A. Die Lehre vom Kausalzusammenhang.....	3	350
I. Zur naturwissenschaftlichen und philosophischen Problematik des Kausalbegriffs.....	3	350
II. Die Äquivalenztheorie (Bedingungstheorie).....	6	351
III. Einzelprobleme der Äquivalenztheorie.....	20	359
IV. Statistische und probabilistische Kausalitätsmodelle.....	35	366
V. Adäquanz- und Relevanztheorie.....	39	368
B. Die weitere Zurechnung zum objektiven Tatbestand.....	44	371
I. Verletzungsdelikte.....	44	371
1. Einführung.....	44	371
2. Schaffung eines unerlaubten Risikos.....	53	375
a) Der Ausschluss der Zurechnung bei Risikoverringerung.....	53	375
b) Der Ausschluss der Zurechnung bei fehlender Gefahrschaffung.....	55	377
c) Gefahrschaffung und hypothetische Kausalverläufe.....	58	379
d) Der Ausschluss der Zurechnung in den Fällen des erlaubten Risikos.....	65	382
3. Verwirklichung des unerlaubten Risikos.....	69	384
a) Der Ausschluss der Zurechnung bei fehlender Gefahrverwirklichung.....	69	384
b) Der Ausschluss der Zurechnung bei fehlender Verwirklichung des unerlaubten Risikos.....	73	386
c) Der Ausschluss der Zurechnung bei Erfolgen, die nicht durch den Schutzzweck der Sorgfaltsnorm gedeckt werden.....	84	390

A. Grundlagen und Erschl

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
d) Rechtmäßiges Alternatiwerhalten und Risikoerhöhungstheorie ...	88	392
e) Zur Kombination von Risikoerhöhungs- und Schutzzwecklehre	104	399
4. Die Reichweite des Tatbestandes.....	106	401
a) Die Mitwirkung bei vorsätzEcher Selbstgefährdung.....	107	401
b) Die einverständliche Fremdgefährdung.....	121	409
c) Die Zuordnung zum fremden Verantwortungsbereich.....	137	417
d) Weitere Fälle.....	145	421
II. Gefährungsdelikte.....	146	422
1. Konkrete Gefährungsdelikte.....	147	423
2. Abstrakte Gefährungsdelikte.....	153	426
a) Die klassischen abstrakten Gefährungsdelikte.....	154	427
b) Massenhandlungen (vor allem im Straßenverkehr).....	160	430
c) DeEkte mit „vergeistigtem Zwischenrechtsgut“.....	161	431
d) Abstrakte Eignungsdelikte.....	162	431
§ 12. Vorsatz und Tatbestandsirrtum. Die Zurechnung zum Vorsatz bei Kausalabweichungen.....		433
A. Grundlagen und Erscheinungsformen des Vorsatzes.....	1	436
I. Die Absicht.....	7	438
II. Der direkte Vorsatz.....	18	444
III. Der bedingte Vorsatz (dolus eventuaEs).....	21	445
1. Der bedingte Vorsatz als Entscheidung für die mögliche Rechts- güterverletzung.....	21	445
2. ÄhnEche und abweichende Lösungen.....	35	452
a) Die Billigungs- oder EinwilEgungstheorie.....	36	452
b) Die Gleichgültigkeitstheorie.....	40	454
c) Die Vorstellungs- oder MögEchkeitstheorie.....	41	455
d) Die Wahrscheinlichkeitstheorie.....	45	457
e) Puppes Lehre von der „Vorsatzgefahr“.....	47	457
f) Die Theorie des nicht betätigten Vermeidewillens.....	53	459
g) Die Frankschen Formeln.....	55	460
h) Kombinationstheorien.....	57	461
i) Die Risikotheorie von Wolfgang Frisch.....	58	462
j) Nicht unwahrscheinlicher Erfolgseintritt und Risikogewöhnung bei Jakobs.....	62	463
k) Herzbergs Theorie der unabgeschirmten Gefahr.....	65	465
l) Ulrich Schroths Lehre von der Aneignung der unrechtskonstitu- tiven Elemente.....	70	467
m) Zusammenfassende Betrachtung.....	72	468
n) Die Gleichbehandlung von dolus eventuaEs und bewusster Fahr- lässigkeit.....	74	469
3. Zur Entwicklung der neueren Rechtsprechung.....	75	470
IV. Die zeitliche Dimension des Vorsatzes (dolus antecedens und dolus subsequens).....	89	478
V. Die Tatbestandsbezogenheit des Vorsatzes und der dolus alternativus	92	479
B. Der Tatbestandsirrtum.....	95	481
I. Kenntnis und Unkenntnis von Tatumständen.....	95	483
1. Die Abgrenzung von Tatbestands- und Verbotsirrtum.....	100	485
2. Die DeutEchkeit des Bewusstseins beim „Kennen“ von Tatumstän- den.....	122	497
II. Der Gegenstand des Tatbestandsvorsatzes. Unmittelbare und analoge Anwendung des § 16.....	132	502
1. Die Umstände des gesetzEchen Tatbestandes nach § 16 I.....	132	502
2. Der Irrtum über strafmildernde Umstände nach § 16 II.....	138	505

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
3. Die analoge Anwendung des § 16.....	140	505
4. Irrtümer, die nach anderen Regeln zu behandeln sind.....	148	508
C. Die Zurechnung zum Vorsatz bei Kausalabweichungen.....	151	509
I. Gewöhnliche Kausalabweichungen.....	151	511
II. Die aberratio ictus.....	160	515
III. Der „Vorsatzwechsel“ (Tatobjektwechsel).....	171	520
IV. Der „dolus generans“ und verwandte Fälle.....	174	522
V. Der error in obiecto (bzw. error in persona).....	193	530
§ 13. Die Einwilligung.....		536
A. Zum Stand der Lehre von der Einwilligung.....	1	539
I. Zur Geschichte.....	1	539
II. Einverständnis und Einwilligung.....	2	540
III. Die aus der Differenzierung abgeleiteten Unterschiede.....	4	541
IV. Die Ablehnung der Differenzierung und ihre Konsequenzen.....	11	544
B. Die Einwilligung als Tatbestandsausschlussgrund.....	12	545
I. Die Handlungsfreiheit des Einwilligenden als Grund des Tatbestandsausschlusses.....	12	545
II. Die fehlende Verwirklichung des Deliktstyps bei wirksamer Einwilligung.....	19	548
III. Die fehlende Interessenabwägung als Argument gegen eine bloße Rechtfertigung.....	22	550
IV. Die mangelnde Durchführbarkeit der Zweiteilungslehre.....	24	551
V. § 228 kein Gegenargument.....	29	553
VI. Die rechtfertigende Kraft der „eingriffsmildernden Einwilligung“ kein Gegenargument.....	30	554
VII. Die unterschiedlichen Voraussetzungen wirksamer Zustimmung als Folgerungen aus der jeweiligen Struktur der Tatbestände.....	32	555
C. Tatbestände mit fehlender oder eingeschränkter Einwilligungsmöglichkeit.....	33	555
I. bei Rechtsgütern der Allgemeinheit.....	33	555
II. bei Tatbeständen, die dem Schutz des Rechtsgutsträgers dienen.....	36	557
III. bei der Körperverletzung.....	38	558
1. Die Entwicklung der eigenen Auffassung.....	38	558
2. Neuere Stellungnahmen der Literatur.....	50	562
3. Die neuere Rechtsprechung.....	56	564
4. Gesetzliche und dogmatische Sonderlösungen.....	67	567
5. Der Rechtsgedanke des § 228 ist nicht auf andere Tatbestände übertragbar.....	70	568
D. Kundgabe, Gegenstand, Zeitpunkt und Widerruf der Einwilligung.....	71	569
I. Die Kundgabe als Voraussetzung wirksamer Einwilligung.....	71	569
II. Handlung und Erfolg als Gegenstand der Einwilligung.....	78	571
III. Zeitpunkt und Widerruflichkeit der Einwilligung.....	79	571
E. Die Einsichtsfähigkeit.....	80	572
F. Die Stellvertretung bei der Einwilligung.....	92	578
G. Willensmängel bei der Einwilligung.....	97	580
I. Täuschung.....	97	580
II. Irrtum.....	111	587
III. Drohung und Zwang.....	113	588
H. Der Irrtum über Vorliegen oder Nichtvorliegen einer Einwilligung.....	118	590
I. Die hypothetische Einwilligung.....	119	590

§ 14. Grundfragen der

§ 15. Die Notwehr.....

Die wehrfähigen G

4. Abschnitt - Rechtswidrigkeit

§ 14. Grundfragen der Unrechtslehre596

- A. Rechtswidrigkeit und Unrecht1 600
- B. Formelle und materielle Rechtswidrigkeit4 601
- C. Viktimodogmatik und materielles Unrecht15 605
- D. Unrecht und rechtsfreier Raum26 610
- E. Rechtswidrigkeit und Einheit der Rechtsordnung31 613
- F. Zur Systematisierung der Rechtfertigungsgründe38 615
- G. Die Konkurrenz von Rechtfertigungsgründen45 619
- H. Irrtumsfragen bei der Rechtfertigung52 622
 - I. Der Unrechtsvorsatz52 622
 - 1. Der Meinungsstand52 622
 - a) Die Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen54 623
 - b) Die eingeschränkte Schuldtheorie55 623
 - c) Die rechtsfolgenverweisende Schuldtheorie57 624
 - d) Die rechtsfolgensebstständige Schuldtheorie59 624
 - e) Die strenge Schuldtheorie61 625
 - f) Die Rechtsprechung62 625
 - 2. Stellungnahme64 626
 - a) Die eingeschränkte Schuldtheorie64 626
 - b) Die strenge Schuldtheorie65 627
 - c) Die Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen72 630
 - d) Die rechtsfolgenverweisende Schuldtheorie73 630
 - e) Die rechtsfolgensebstständige Schuldtheorie78 632
 - 3. Die Abgrenzung von Erlaubnistatbestandsirrtum und Verbotsirrtum 79 632
 - II. Prüfungspflicht bei Rechtfertigungsgründen?83 634
 - III. Rechtfertigungselemente, die auf ungewisse oder zukünftige Umstände abstellen88 636
 - IV. Die Ungewissheit über das Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes. . . . 90 637
 - V. Die subjektiven Rechtfertigungselemente94 639
 - 1. Die Notwendigkeit subjektiver Rechtfertigungselemente96 640
 - 2. Die inhaltlichen Voraussetzungen der subjektiven Rechtfertigungselemente97 641
 - 3. Die Annahme eines Versuches bei fehlendem subjektiven Rechtfertigungselement104 644
 - I. Die Wirkung der Rechtfertigungsgründe107 645
 - J. Objektive Zurechnung bei Rechtfertigungsgründen?113 647
 - K. Darstellung und Gliederung der einzelnen Rechtfertigungsgründe116 648

§ 15. Die Notwehr650

- A. Die Grundprinzipien des Notwehrrechts1 654
- B. Zur geschichtlichen Entwicklung des Notwehrrechts4 657
- C. Der Angriff bei der Notwehr6 657
- D. Die Rechtswidrigkeit des Angriffs14 661
- E. Die Gegenwärtigkeit des Angriffs21 665
- F. Die notwehrfähigen Güter30 669
- G. Die Erforderlichkeit der Abwehr42 674
- H. Die Gebotenheit der Notwehr55 683
 - I. Der schuldlose oder in seiner Schuld wesentlich geminderte Angriff 61 685
 - II. Der vom Angegriffenen rechtswidrig provozierte Angriff65 687

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
III. Der unerhebliche Angriff.....	83	696
IV. Angriffe im Rahmen von Garantieverhältnissen.....	93	701
V. Der erpresserische Angriff durch Drohungen.....	100	704
VI. Kann Folter oder deren Androhung durch Nothilfe gerechtfertigt werden?.....	103	706
I. HoheitEches Handeln und Notwehrrecht.....	108	708
J. Die Nothilfe.....	116	713
K. Die Beschränkung der Notwehr auf den Angreifer und seine Rechtsgüter.....	124	716
L. Der Verteidigungswille als subjektives Rechtfertigungselement?.....	129	719
§ 16. Der rechtfertigende Notstand und verwandte Fälle.....		720
A. Die Grundvorschrift des § 34.....	1	723
I. Die Entwicklung des geltenden Notstandsrechts.....	1	723
II. Die Notstandsgefahr.....	12	728
III. Die Abwägung der widerstreitenden Interessen.....	26	735
1. Die Abwägungsgesichtspunkte.....	26	735
a) Der Strafrahmenvergleich.....	27	736
b) Das Wertgefälle der Rechtsgüter.....	29	737
c) Die Intensität der Rechtsgutsverletzung.....	32	738
d) Keine Abwägung von Leben gegen Leben.....	33	738
e) Der Grad der drohenden Gefahren.....	43	742
f) Das Autonomieprinzip.....	46	744
g) Gesetzliche Regelungen.....	51	746
h) Die Verschuldung der Notstandslage.....	60	751
i) Besondere Pflichtenstellungen.....	65	754
j) Das Tätigwerden auf der Seite des Unrechts.....	67	755
k) Die individuelle Bedeutung des abgewendeten und des verursachten Schadens für die jeweils Betroffenen.....	71	757
1) Die Entstehung der Gefahr aus der Sphäre des Eingriffsopfers.....	72	758
2. Das wesentliche Überwiegen des geschützten Interesses.....	89	766
IV. Die Angemessenheitsklausel.....	91	767
V. Weitere Probleme des rechtfertigenden Notstandes.....	101	772
1. Die widerstreitenden Interessen stehen demselben Rechtsgutsträger zu.....	101	772
2. Notstandsbefugnisse von Hoheitsträgern.....	103	773
3. Das subjektive Rechtfertigungselement.....	105	774
B. Der zivilrechtliche Angriffsnotstand, § 904 BGB.....	107	775
C. Der zivilrechtliche Verteidigungsnotstand, § 228 BGB.....	111	777
D. Die rechtfertigende Pflichtenkolision.....	115	778
E. Die notstandsähnliche Lage.....	126	783
F. Das Widerstandsrecht nach Art. 20 IV GG.....	129	785
§ 17. Amts- und Zwangsrechte; behördliche Genehmigung.....		787
A. Eingriffsrechte von Amtsträgern.....	1	787
B. Der rechtswidrige verbindliche Befehl.....	15	794
C. Das HandeI pro magistratu.....	22	797
I. Die vorläufige Festnahme.....	23	798
II. Das Selbsthilferecht.....	29	802
D. Der Rechtfertigungsgrund des Züchtigungsrechts besteht nicht mehr.....	32	803
I. Die Züchtigung durch Erziehungsberechtigte.....	32	804
1. Das geltende Recht und sein geschichtlicher Hintergrund.....	32	804
2. Die sozialpolitische Problematik der gesetzlichen Regelung.....	35	804

XX

verantwortlichen
Vom psychologischen
Zur Kritik des norma

II. Schuld als rech
II. Schuld als Einst
V. Schuld als Zus
V. Schuld als unreg
Die Gegner des
ausgenommenes. ur

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
3. Die verschiedenen Lösungsvorschläge der Literatur und das Ergebnis nach geltendem Recht.....	37	805
4. Rechtspolitische Würdigung und Überlegungen de lege ferenda	47	809
II. Die Züchtigung durch den Lehrer.....	52	810
III. Die Züchtigung durch andere Personen.....	56	812
E. Die behördliche Genehmigung.....	58	812
§ 18. Rechtfertigungsgründe aus erlaubtem Risiko	1	820
A. Die mutmaßliche Einwilligung.....	3	821
I. Die Struktur des Rechtfertigungsgrundes.....	3	822
II. Die Subsidiarität der mutmaßlichen Einwilligung.....	10	826
III. Mutmaßliche Einwilligung bei eigenemützigem Handeln?.....	15	828
IV. Die Maßstäbe für die Festlegung des mutmaßlichen Willens.....	19	829
1. Das Handeln in fremdem Interesse.....	19	829
a) Sachgebundene Entscheidungen.....	20	830
b) Persönlichkeitsgebundene Entscheidungen.....	21	830
c) Existentielle Entscheidungen.....	23	831
2. Das Handeln im eigenen Interesse.....	27	833
V. Irrtum und Prüfungspflicht.....	29	834
B. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen.....	31	835
I. Zur Struktur des § 193.....	31	836
II. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen als Rechtfertigungsgrund	35	838
III. Keine Erstreckung des § 193 über die Beleidigungstatbestände hinaus ...	39	839
IV. Die einzelnen Voraussetzungen der berechtigten Interessenwahrnehmung.....	40	840
C. Die Freiheit der Kunst.....	49	843
I. Die Freiheit der Kunst als eigenständiger Rechtfertigungsgrund	49	844
II. Die Voraussetzungen des Rechtfertigungsgrundes aus Art. 5 III GG.	51	845
5. Abschnitt — Schuld und Verantwortlichkeit		
§ 19. Grundfragen der Lehre von der Verantwortlichkeit		847
A. Schuld und präventive Notwendigkeit als Voraussetzung strafrechtlicher Verantwortlichkeit.....	1	851
B. Vom psychologischen zum normativen Schuldbegriff.....	10	855
C. Zur Kritik des normativen Schuldbegriffs.....	15	858
D. Die inhaltliche Bestimmung der Schuld im Strafrecht (der materielle Schuldbegriff).....	18	859
I. Schuld als „Andershandelnkönnen“.....	20	860
II. Schuld als rechtlich missbilligte Gesinnung.....	23	861
III. Schuld als Einstehenmüssen für den eigenen Charakter.....	27	863
IV. Schuld als Zuschreibung nach generalpräventiven Bedürfnissen	33	866
V. Schuld als Unrechtes Handeln trotz normativer Ansprechbarkeit	36	868
VI. Die Gegner des Schuldprinzips.....	51	875
E. Strafbegründungs- und Strafzumessungsschuld.....	54	876
F. Schuldausschließungs- und Entschuldigungsgründe?.....	56	877
G. Maurachs Lehre von der Tatverantwortung.....	58	878
H. Tat- und Lebensführungsschuld.....	62	880
§ 20. Die Schuldfähigkeit		881
A. Die Schuldfähigkeit bei Erwachsenen.....	1	886
I. Die Grundlagen der gesetzlichen Regelung.....	1	886

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
II. Die biologisch-psychologischen Anknüpfungsbefunde	8	889
1. Die krankhafte seeEsche Störung	8	889
2. Die tiefgreifende Bewusstseinsstörung	13	891
3. Der Schwachsinn	22	896
4. Die schwere andere seeEsche Abartigkeit	24	897
III. Die Einsichts- und Hemmungsfähigkeit	28	899
IV. Die erheblich verminderte Schuldfähigkeit	33	902
1. Die Voraussetzungen des § 21	33	902
2. Die fakultative Strafmilderung	37	906
3. Der Sonderfall des § 7 WStG	48	911
B. Die Schuldfähigkeit bei Kindern und Jugendlichen	50	911
C. Die actio libera in causa	56	914
§ 21. Der Verbotsirrtum		925
A. Die Regelung des Verbotsirrtums. Dogmenhistorische Entwicklung und rechtspolitische Problematik	1	927
B. Der Gegenstand des Unrechtsbewusstseins	12	932
C. Die Erscheinungsformen des Unrechtsbewusstseins	20	937
I. Der Irrtum über die Existenz eines Verbotes	21	937
II. Der Irrtum über Existenz oder Grenzen eines Rechtfertigungsgrundes ..	22	938
III. Der Subsumtionsirrtum	23	938
IV. Der Gültigkeitsirrtum	25	939
D. Die Bewusstseinsformen des Verbotsirrtums	27	940
E. Das bedingte Unrechtsbewusstsein	29	941
F. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums	35	944
I. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums als Voraussetzung schuldhaften Handelns	35	944
II. Die Entschuldbarkeit des Irrtums als FaE ausgeschlossener strafrecht- licher Verantwortlichkeit	38	945
III. Die Mittel zur Erlangung der Unrechtskenntnis	46	948
IV. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums als Tat- oder Täterschuld?	47	948
V. Die Voraussetzungen der Vermeidbarkeit im Einzelfall	52	950
1. Der „Anlass“ der Vergewisserung	53	950
2. Das erforderliche Ausmaß der Vergewisserungsbemühungen	62	954
3. Die Erlangbarkeit der Unrechtskenntnis im Falle unzureichender Bemühungen	69	959
G. Die Rechtsfolgen des Verbotsirrtums	70	959
H. Sonderregelungen des Verbotsirrtums	73	960
§ 22. Der verantwortungsausschließende Notstand und ähnliche Fälle		962
A. Der Notstand des § 35	1	962
I. Systematische Stellung und teleologischer Gehalt der Regelung	1	963
II. Die gegenwärtige, anders nicht abwendbare Gefahr	15	969
III. Die notstandsfähigen Rechtsgüter	22	972
IV. Der privilegierte Personenkreis	30	975
V. Das Handeln zur Gefahrabwendung	32	976
VI. Die Versagung des Verantwortungsausschlusses nach § 35 I 2	35	977
1. Zur Ratio der Gegen Ausnahme	35	977
2. Das besondere Rechtsverhältnis	39	979
3. Die selbstverursachte Gefahr	44	981
4. Sonstige Fälle zumutbarer Gefahrhinnahme	52	985
5. Die Strafzumessung bei zumutbarer Gefahrhinnahme	56	986

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
VII. Die irrtümliche Annahme einer Notstandssituation.....	59	987
VIII. Die Teilnahme an der Notstandstat.....	66	990
B. Der Notwehrexzess des § 33.....	68	991
I. Systematische Stellung und teleologischer Gehalt der Regelung.....	68	991
II. Die Verantwortungsausschließenden Affekte.....	75	995
III. Bewusste und unbewusste Notwehriiberschreitung.....	82	997
IV. Intensiver und extensiver Notwehrexzess.....	84	998
V. Die Beeinträchtigung unbeteiligter Dritter.....	91	1001
VI. Der Notwehrexzess nach provozierter Notwehrlage.....	93	1002
VII. Der Putativ-Notwehrexzess.....	94	1003
VIII. Analoge Anwendbarkeit des § 33 auf die iiberschreitung anderer Rechtfertigungsgründe?.....	97	1004
C. Die Gewissenstat.....	100	1005
I. Art. 4 GG als Grundlage der strafrechtlichen Beurteilung.....	100	1006
II. Die Konsequenzen für die Strafbarkeit der Gewissenstat.....	109	1009
III. Die systematische Einordnung der strafbefreienden Gewissenstat.....	120	1013
D. Der zivile Ungehorsam.....	130	1017
E. Gründe ausgeschlossener Verantwortlichkeit im Besonderen Teil.....	134	1018
I. Die einzelnen Fälle.....	134	1019
1. Die unterlassene Strafanzeige gegen Angehörige, § 139 III.....	135	1019
2. Der Verwandtenbeischlaf unter Minderjährigen, § 173 III.....	136	1020
3. Die zugunsten eines anderen und zugleich für sich selbst erfolgende Strafreitelung, § 258 V.....	138	1020
4. Die Strafreitelung zugunsten eines Angehörigen, § 258 VI.....	139	1021
II. Die dogmatische Behandlung dieser Fälle.....	140	1021
F. iibergesetzlicher Verantwortungsausschluss.....	142	1022
I. Unzumutbarkeit als iibergesetzlicher Entschuldigungsgrund?.....	142	1023
II. Die Gefahrengemeinschaft als Grund ausgeschlossener Verantwortlichkeit.....	146	1025
1. Die Begründung eines iibergesetzlichen Verantwortungsausschlusses.....	146	1025
2. Die herrschende Lehre vom iibergesetzlichen Schuldauusschluss.....	154	1028
3. Die Annahme eines Strafausschließungsgrundes.....	157	1029
4. Die Annahme eines Strafmilderungsgrundes.....	159	1030
5. Die Annahme eines Verbotsirrtums.....	160	1030
III. Die Wahl des kleineren iibels als Grund des Verantwortungsausschlusses bei der Tötung von Menschen?.....	161	1030
IV. Kann die Folter oder ihre Androhung, wenn sie der Rettung von Menschenleben dient, durch einen iibergesetzlichen Verantwortungsausschluss straffrei gestellt werden?.....	166	1033

6. Abschnitt - Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen

§ 23. Objektive Strafbarkeitsbedingungen und Strafausschließungsgründe	1035	
A. Strafbarkeitsvoraussetzungen jenseits der Verantwortlichkeit. Problemstellung und Beispiele.....	1	1036
B. Die Überdehnung der vierten Deliktstategorie in der herrschenden Lehre.....	6	1038
I. Scheinbare Strafbarkeitsbedingungen als Tatbestandsmerkmale.....	7	1038
II. Scheinbare Strafausschließungsgründe als Rechtfertigungsgründe.....	14	1040
III. Scheinbare Strafausschließungsgründe als Gründe ausgeschlossener Verantwortlichkeit.....	16	1041
C. Objektive Bedingungen der Strafbarkeit und Strafausschließungsgründe als Fälle des Vorranges außerstrafrechtlicher Zwecksetzungen.....	21	1042
I. Der leitende Gesichtspunkt.....	21	1042

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
II. Literarische Stellungnahmen.....	27	1044
III. Praktische Folgerungen.....	30	1046
D. Andere Konzeptionen.....	31	1046
I. Die Ablehnung der vierten Deliktskategorie.....	31	1046
II. Die Strafwürdigkeit als Kriterium der vierten Deliktskategorie.....	34	1047
III. Die Strafbedürftigkeit als Kriterium der vierten Deliktskategorie.....	37	1048
E. Die Abgrenzung der Strafbarkeitsbedingungen und Strafausschließungsgründe von den Prozessvoraussetzungen.....	41	1050
I. Umstrittenheit und Schwierigkeit der Grenzziehung.....	41	1050
II. Die Orientierung des materiellen Rechts am „Verdienstsein des Straf- übels“.....	45	1051
III. Das Hinwegdenken des Strafprozesses als Kriterium für die Abgrenzung von materiellem und formellem Recht.....	48	1052
IV. Der unmittelbare Zusammenhang mit der Tat als Kriterium der Zuge- hörigkeit zum materiellen Recht.....	51	1053
F. Ausblick. Strafrechtliche und außerstrafrechtliche Zwecksetzungen im Pro- zessrecht.....	54	1054

Sachverzeichnis

7. Abschnitt - Fahrlässigkeit

§ 24. Fahrlässigkeit.....	1058
Vorbemerkung.....	1 1062
A. Der Tatbestand.....	3 1063
I. Von der Schuldform zum tatbestandlichen Deliktstyp.....	3 1063
II. Die Kriterien fahrlässigen Verhaltens.....	8 1064
III. Zur Konkretisierung der unerlaubten Gefährschaffung.....	14 1067
1. Rechtsnormen.....	15 1067
2. Verkehrsnormen.....	18 1068
3. Der Vertrauensgrundsatz.....	21 1070
a) im Straßenverkehr.....	21 1070
b) bei arbeitsteiligem Zusammenwirken.....	25 1071
c) im Hinblick auf vorsätzliche Straftaten anderer.....	26 1072
4. Die differenzierte Maßfigur.....	34 1075
5. Erkundigungs- und Unterlassungspflichten.....	36 1076
6. Die Abwägung von Nutzen und Risiko.....	39 1077
IV. Zur Konkretisierung des tatbestandlichen Schutzbereiches.....	41 1078
V. „Triftige Veranlassung“ zum Rechnen mit einer Rechtsgüterverletzung statt „unerlaubter Gefährschaffung“?.....	47 1079
VI. Generalisierung oder Individualisierung des Fahrlässigkeitsmaßstabes?	53 1081
VII. Unbewusste und bewusste Fahrlässigkeit.....	66 1086
VIII. Objektiver und subjektiver Tatbestand des Fahrlässigkeitsdelikts.....	73 1089
IX. Vorsatz, Leichtfertigkeit, einfache und geringfügige Fahrlässigkeit als Abstufungen von Unrecht und Schuld.....	77 1091
1. Vorsatz und Fahrlässigkeit.....	77 1091
2. Leichtfertigkeit.....	81 1092
3. Geringfügige Fahrlässigkeit.....	92 1096
X. Fahrlässigkeitsdelikt und nullum crimen sine lege.....	94 1096
B. Die Rechtswidrigkeit.....	98 1098
I. Die grundsätzliche Problematik.....	98 1098
II. Die Notwehr.....	100 1099
III. Der Notstand.....	104 1100
IV. Mutmaßliche Einwilligung und Einwilligung.....	107 1101

Inhalt

	[Rn.]	[Seite]
C. Schuld und Verantwortlichkeit.....	109	1102
I. Die aUgemeinen SchuldausschEeßungsgründe.....	109	1102
II. ZusätzEche SchuldausschEeßungsgründe.....	114	1104
1. Individuelles Unvermögen.....	114	1104
2. Die Unzumutbarkeit.....	122	1106
Sachverzeichnis.....		1111